

Inhalt

1.	Energie- statt Mehrwertsteuer: Wir haben die 70'000er Grenze erreicht	1
2.	Bericht aus der Herbstsession des Nationalrats	1
3.	Bericht aus der Herbstsession des Ständerats	2
4.	Informelle Arbeitsgruppe für Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender Anliegen	3
5.	Hinweis: solarmacher.ch	4
6.	Nächster nationaler Newsletter	4
7.	Wichtige nationale Termine 2012	4

1. Energie- statt Mehrwertsteuer: Wir haben die 70'000er Grenze erreicht

Bis Ende September haben wir 70'000 Unterschriften gesammelt. Vielen Dank an alle Sammlerinnen und Sammler! Da wir am Ende möglichst bei 120'000 Unterschriften landen wollen (die Ungültigenquote steigt gegen Ende der Sammlung), müssen wir alle noch einmal alles geben. Wir rechnen damit, dass unsere externen Sammler/-innen noch mindestens 20'000 Unterschriften sammeln werden. Das heisst für uns, dass die glp-Sektionen und Mitglieder in den Monaten Oktober, November und allenfalls noch Anfang Dezember noch einmal 30'000 Unterschriften sammeln müssen. **Das ist eine ambitionierte, aber auch eine erreichbare Vorgabe!**

Auf <http://glp.colayer.com/> kann man sich für unsere Sammelaktionen eintragen, Unterschriftenbögen können über schweiz@grunliberale.ch bestellt oder unter <http://www.grunliberale.ch/esmunterlagen.htm> selbst ausgedruckt werden. Wer nicht gerne auf der Strasse sammelt, findet in seinem Umfeld sicher auch noch einmal 10 oder 20 Personen, welche sich für eine ökologische Steuerreform stark machen möchten. **Wenn jedes Mitglied in seinem Umfeld noch 10 Unterschriften sammelt und diese bis Ende Oktober mit den letzthin zugesandten 5 Unterschriftenkarten zurückschicken würde, sind wir am Ziel!**

Ein ganz wichtiger Hinweis zum Schluss: Wir bitten alle die Unterschriften regelmässig - wenn möglich wöchentlich - nach Biel (Initiativkomitee «Energie- statt Mehrwertsteuer», Postfach 595, 2501 Biel) zu schicken. Wir müssen verhindern, dass wir am Ende wertvolle Unterschriften verlieren, weil es für die Beglaubigung (welche wir weiterhin übernehmen) nicht mehr reicht.

2. Bericht aus der Herbstsession des Nationalrats

Von Jürg Grossen, Nationalrat BE

Zu Beginn der Session stand die Pauschalbesteuerung im Vordergrund. Für reiche Ausländerinnen und Ausländern soll die Pauschalbesteuerung weiterhin möglich sein. Allerdings haben wir beschlossen, dass die Bemessungsgrundlage für die Steuer neu das Siebenfache der Wohnkosten und mindestens 400'000 Franken betragen soll. Die Änderung wird nach einer Übergangsfrist von fünf Jahren in Kraft treten. Wir Grünliberalen haben diesen Kompromiss, welcher auch durch die Kantone gestützt wird, von Anfang an unterstützt.

Wegweisende Entscheide für eine nachhaltigere Landwirtschaft

In der zweiten und dritten Woche wurden zahlreiche Geschäfte abgeschlossen und vor allem Landwirtschaftspolitik gemacht. Wir haben die Stossrichtung des Bundesrates in der Agrarpolitik 2014 - 2017 in einer ersten neun-

stündigen Teildebatte bestätigt. Trotz Opposition der SVP und von Teilen der CVP und BDP hiessen wir die umstrittenen und für uns sehr wichtigen Landschaftsqualitätsbeiträge gut. Im zweiten Teil haben wir auch Dank grossem Engagement unserer Nationalrätin Kathrin Bertschy einen Systemwechsel eingeleitet. Wir hiessen ein neues Direktzahlungssystem ohne ineffiziente Tierbeiträge gut. Diese Tierbeiträge sind heute massgeblich für Überproduktion, Umweltschäden und tiefe Einkommen für die Bauern verantwortlich. Mit der Abschaffung dieser Fehlanreize werden Milchseen endlich der Vergangenheit angehören. Stattdessen sollen Flächenbeiträge ausgerichtet werden. Inakzeptabel ist für uns, dass der Zahlungsrahmen um rund 160 Millionen Franken ausgebaut werden soll und dass eine Begrenzung der pauschalen Flächenzahlungen abgelehnt wurde. Damit wird weiterhin ein zu grosser Teil der Steuergelder ohne klare Ausrichtung auf die Verfassungsziele pauschal verteilt.

Kompromiss in der Asylpolitik

Weiter haben wir die vom Ständerat vorgenommenen Differenzierungen im Asylgesetz im Nationalrat unterstützt. Bereits bei der Behandlung im Nationalrat hielten wir ja fest, dass in der Frage Sozialhilfe oder Nothilfe eine differenzierte Umsetzung notwendig ist. Der Ständerat wurde diesem Anliegen gerecht, indem die Nothilfe für abgewiesene und renitente Asylsuchende gilt und alle anderen Asylsuchenden weiterhin Sozialhilfe erhalten. Die Verkürzung der Frist für den Familiennachzug von 5 auf wie bisher 3 Jahre begrüssen wir aus humanitären Gründen ebenfalls. Weiter haben wir auch die dringlichen Änderungen des Asylgesetzes unterstützt. Testphasen für die Beschleunigung der Asylverfahren sind ab sofort möglich und spezielle Zentren für renitente Asylsuchende können realisiert werden.

Bekanntnisse zum ÖV und zur Elektromobilität

Einen wichtigen und unumstrittenen Entscheid gab es im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Die Bahnen in der Schweiz erhalten für die nächsten vier Jahre rund 9,45 Milliarden Franken für den Betrieb, Unterhalt und Substanzerhalt ihrer Infrastruktur.

Weiter wurde der Bundesrat vom Nationalrat beauftragt, einen Masterplan zur Elektromobilität zu entwerfen. Dabei soll er unter anderem den Aufbau eines landesweiten Netzes an Schnellladestationen unterstützen, an denen die strombetriebenen Fahrzeuge ihre Batterien aufladen können.

Ersatz von Elektroheizungen

Einen wichtigen Entscheid fällten wir auch in der Energiepolitik: Bis 2025 sollen alle 250'000 Elektroheizungen (3 Terawattstunden Stromverbrauch pro Jahr) in Schweizer Gebäuden durch umweltfreundlichere Heizsysteme ersetzt sein. Der Nationalrat hat ohne Gegenstimme eine Motion angenommen, welche entsprechende Rahmenbedingungen verlangt.

Aktionärsrechte stärken statt starre Lohngrenzen einführen

Schliesslich haben wir uns wie die Mehrheit des Nationalrates gegen die 1:12-Initiative der Jungsozialisten ausgesprochen. Wir Grünliberalen stellen uns klar gegen Lohnexzesse, wie sie in den letzten Jahren vermehrt vorkamen. Die Initiative ist aber weder ein liberales noch ein geeignetes Instrument um diese Exzesse zu verhindern. Statt starre und schädliche Lohngrenzen einzuführen, stärken wir besser die Aktionärsrechte und bekennen uns zur Progression bei den Einkommenssteuern.

3. Bericht aus der Herbstsession des Ständerats

Von Markus Stadler, Ständerat UR

Die jüngste Session des Ständerats hatte ihre Besonderheiten. Nicht nur von den Themen her, das wäre eine selbstverständliche Beobachtung, sondern bezüglich der zum Teil knappen Resultate in den Abstimmungen und den umstrittenen Details.

Beim Asylgesetz störte mich die Änderung des Flüchtlingsbegriffs via Dringlichkeitsrecht. Ich begrüsst demgegenüber die differenziertere Lösung gegenüber jener des Nationalrats, d.h. die finanzielle Ausstattung dieser Menschen, je nachdem, ob sie während des Prüfungsverfahrens zusammenarbeitwillig oder straffällig sind oder eben nicht. Der Druck, „etwas zu tun“ war im Saal geradezu greifbar, auch wenn nicht bei allen Massnahmen volle beabsichtigte Wirkung unter Einhal-

tung des eigentlichen Gesetzeszwecks erwartet werden kann. Prozentual eher wenige, aber aufwühlende Missbräuche haben jedenfalls das Parlament zu Aktivität und sogar Dringlichkeitsrecht angehalten.

Die Missbrauchsfälle bei den Subunternehmerverhältnissen in Bezug auf die Dumpinglöhne sind gemäss Bundesrat jedoch hoch und mit ca. 20% klar ausgewiesen. Die nächste Debatte zur Personenfreizügigkeit (Erweiterung Kroatien) steht vor der Tür. Sie hat schliesslich dazu geführt, dass der Ständerat – entgegen dem Beschluss des Nationalrats und den Erwartungen der Medien – dem Bundesrat gefolgt ist und für das Baugewerbe die schärfere Variante als der Nationalrat gewählt hat: Kettenhaftung des Erstunternehmers mit der Möglichkeit, sich mit der ausgewiesenen Sorgfaltsanwendung von dieser Haftung zu befreien. Ausbaugewerbe und Gewerkschaften haben bei diesem Entscheid pro flankierte Personenfreizügigkeit, den ich unterstützt habe, nicht unwesentlich mitgewirkt.

Die Fülle der E-Mails und Zuschriften, die uns bei diesem Thema im Vorfeld erreicht hat, wurde allerdings bezüglich der Swissness-Vorlage noch wesentlich übertroffen. Ausländische Konkurrenzbefürchtungen und Ausschlussbemühungen kreuzten sich mit inländischen und führten zu nicht wenigen Verwirrungen. Nachdem zuhanden der Ständeratsdebatte noch zahlreiche Änderungsanträge eingereicht wurden, haben wir das Geschäft – nach der Eintretensdebatte – in die vorberatende Kommission zurückgewiesen.

Dem Präventionsgesetz, das nur sehr knapp die Eintretenshürde geschafft hatte, wurde vor Monaten im Ständerat vorerst die Lösung der Ausgabenbremse verweigert: also Gesetz ja, aber ohne die notwendigen Moneten. Als Nationalrat und Einigungskonferenz schliesslich eine Lösung gefunden hatten, schickte der Ständerat via Nichterreichen des qualifizierten Mehrs beim Lösen der Ausgabenbremse das Gesetz in den Papierkorb. Das ist unbefriedigend und erstaunlich, weil es um die Volksgesundheit und einen Markt von 60 Milliarden Franken geht. Denn mit der Ablehnung wird kein Franken weniger in der Prävention ausgegeben, einfach wie heute weiterhin relativ unkoordiniert.

Meine Motion „Eine Alpentransitbörse einführen“ hat der Ständerat leider knapp abgelehnt. Sie wollte den Bundesrat beauftragen, bis spätestens zur Eröffnung des Gotthard-Basistunnels eine wenn möglich mit den Nachbarländern abgestimmte Alpentransitbörse oder eine ähnliche Massnahme einzuführen, um das Mengenziel nach Güterverkehrsverlagerungsgesetz zu erreichen, das heute um etwa hundert Prozent überschritten wird. So wie diese Diskussion in Bundesrat und Parlament zur Zeit läuft, wird man wohl ernsthaft erwägen, das gesetzliche Mengenziel auf die heutige Höhe anzuheben und auf diesem Weg das Problem zu „lösen“. Wer aber an der Verlagerungspolitik ohne Anführungszeichen interessiert ist, muss sich dagegen wehren.

Die Volkswahl des Bundesrats ist offensichtlich ein Stammtischthema. Das hat man auch im Ständeratssaal bei der Behandlung der aktuellen Volksinitiative gespürt. Selbstverständlich kann nicht behauptet werden, mit dieser Volkswahl würde das Volk geschwächt oder das Volk wäre nicht in der Lage, sich seine diesbezügliche Meinung zu bilden. Was mich veranlasste dagegen zu stimmen, ist vor allem die Bedeutung des Geldes, das mit einer solchen schweizweiten Wahlkampagne verbunden wäre und die Gefährdung des Kollegialsystems im Bundesrat. Seine Mitglieder wären wohl gezwungen, ständig Wahlkampf zu betreiben und sich populistisch von ungeliebten Entscheidungen des Gremiums öffentlich abzugrenzen. Aus dem jahrelangen Umgang mit den Kandidatinnen und Kandidaten kann sich das Parlament in der Regel ein gutes Bild über die politische Zugehörigkeit und die fachlichen Fähigkeiten der künftigen Regierungsmitglieder machen.

Kollegin Verena Diener hat beim (letztlich zwar abgelehnten) Präventionsgesetz und auch beim Asylgesetz wesentlich dazu beigetragen, Verständigungslösungen zu finden. Auch in der Abstimmung über die Frage der Subunternehmerhaftung waren unsere beiden glp Stimmen nicht unwichtig.

4. Informelle Arbeitsgruppe für Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender Anliegen

Unter unseren Mitgliedern hat sich eine informelle Arbeitsgruppe gebildet, welche das Ziel einer vollständigen Gleichberechtigung und Akzeptanz von LGBTs (Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender) in der Schweiz anstrebt.

In einem nächsten Schritt möchte sich Arbeitsgruppe breiter abstützen. Zu diesem Zweck findet am **Samstag 20. Oktober**

2012 um 18:00 im Restaurant Café Schlauch, Münstergasse 20, 8001 Zürich, ein nächstes Treffen statt, zu dem alle Interessierten der Grünliberalen eingeladen sind. Dabei geht es auch darum, die Strukturen der Arbeitsgruppe für LGBTs Anliegen zu klären und Ideen für konkrete Aktionen und Engagements zu sammeln.

Bei der informellen Arbeitsgruppe für LGBTs Anliegen können alle Mitglieder der glp Schweiz mitmachen, die sich im betreffenden Themenbereich engagieren möchten. Wer am 20. Oktober nicht kommen kann, aber dennoch interessiert ist, kann sich bei Gregori Schmid (gregori.schmid@ggaweb.ch resp. 079 273 58 09) melden.

5. Hinweis: solarmacher.ch

Auf www.solarmacher.ch, einem kostenfreien Online-Spiel von Greenpeace, könnt Ihr Dächer markieren und berechnen lassen, wie viel Energie so produziert werden kann. Die neue Greenpeace-Kampagne fordert höhere Zielsetzungen und bessere Rahmenbedingungen für den Ausbau der Solarenergie - mit der Unterstützung von möglichst vielen Solarmacherinnen und Solarmachern.

6. Nächster nationaler Newsletter

Der nächste nationale Newsletter erfolgt nach der Wintersession.

Berichte aus den Kantonen und/oder Tipps an alle Mitglieder könnt ihr gerne bis Ende November an schweiz@grunliberale.ch senden. Wir behalten uns vor, eine Auswahl/Selektion zu machen. Danke.

7. Wichtige nationale Termine 2012

3. November	Delegiertenversammlung in Bern
17. November	Vorstandssitzung glp CH in Bern
25. November	Nationaler Abstimmungstag